Regelung für Freistellungen am LÖWENROT

mit Gültigkeit ab dem 14. September 2020 für das Schuljahr 2020/2021

Hinsichtlich Unterrichtsbefreiungen weisen wir ausdrücklich auf die im Schulgesetz für Baden-Württemberg geregelte Schulpflicht (§ 72 ff.)hin.

Laut § 72, Abs. (3) SchG erstreckt sich die Schulpflicht u.a. „*auf den regelmäßigen Besuch des Unterrichts*“, und gilt sowohl für den Präsenz-, als auch für den Online-Unterricht. (Schreiben KM am 31. August 2020)

Mögliche Befreiungen von der Pflicht zur Teilnahme am Unterricht sind in der Schulbesuchsverordnung geregelt, wobei für die Befreiung vom Unterricht (§3) und die Beurlaubung (§4) sehr enge Vorgaben gemacht werden. Dies können durch ein Attest bestätigte gesundheitliche Gründe sein, oder auch die „Teilnahme am internationalen Schüleraustausch sowie an Sprachkursen im Ausland“, nicht jedoch Privatreisen o.ä.

Als staatlich anerkannte Ersatzschule in freier Trägerschaft sind wir selbstverständlich an diese gesetzlichen Vorgaben gebunden. Unabhängig davon hat aufgrund der Unwägbarkeiten bedingt durch die Corona-Pandemie der ordnungsgemäße Unterricht und somit die Einhaltung der Schulpflicht eine besonders hohe Bedeutung.

Auch zur Entlastung der Lehrkräfte wird ab dem 14. September 2020 die Schulleitung über Freistellungen entscheiden, die mehr als einen halben Unterrichtstag umfassen.

Bei langfristigen Freistellungen vom Präsenzunterricht, die in der Corona-Pandemie begründet sind, gilt folgende Regelung:

„Eltern, die nicht wollen, dass ihr Kind am Präsenzunterricht teilnimmt, können dies der Schule formlos anzeigen und vom Schulbesuch absehen. Diese Entscheidung wird generell, also nicht von Tag zu Tag, getroffen. Sofern Schüler*innen grundsätzlich am Unterricht teilnehmen, bedarf es im Falle der Verhinderung, z.B. am Tag der Leistungsfeststellung, einer Entschuldigung.“ (Schreiben KM am 7. Juli 2020)

Ohne triftige, den gesetzlichen Richtlinien genügende Gründe können wir daher keine Freistellungen und Beurlaubungen genehmigen!

Dies beinhaltet auch, dass wir die Bescheinigungen für die Bundespolizei, die Sie beim Verlassen des Bundeslandes oder der Bundesrepublik zum Schutz vor Strafe gegebenenfalls vorzeigen müssen, nur in sehr gut begründeten Fällen ausstellen können.

Schulleitung, 31. August 2020